

Die Herbsttagung des Reichstages.

Die Debatte über das Budgetprovisorium.

Budapest, 20. Oktober.

Die Nachmittagsitzung des Abgeordnetenhauses hielt das hohe Niveau der Beratungen des Vormittags. Die Debatte über das Budgetprovisorium wurde nachmittags von dem Abgeordneten Alfred Pál eingeleitet. In seiner, wenn auch oft pikanter Weise lachende seine geschickte Klinge die Blößen des Gegners, doch immer blieben Kampf und Waffe elegant. Seine Parteifreunde dankten ihm mit lautem Beifall für das geistvolle Fleißspiel, das herberen Geistes nur wick, als der Redner die Gefahren und das Unrecht schilderte, das in der vielfach getadelten Außenpolitik der Karolypartei verborgen ist.

Abgeordneter Josef Szterényi konnte indirekt an die Rede eines gouvemenentalen Parteifreundes polemischer anknüpfen. Vormittags hatte der Abgeordnete Joltán Meszó die Regierung auf Entnationalisierungsgefahren hingewiesen, die durch die Gutskäufe der Banken angeblich heraufbeschworen würden. Wir haben in der Einleitung unseres heutigen Abendberichtes die ganze Unhaltbarkeit dieser Auffassung hervorgehoben. Abgeordneter Josef Szterényi aber warnte nachmittags energisch vor bankfeindlichen Tendenzen, denn ohne Kapital ist an eine Agrarreform nicht zu denken, ohne Kapital auch die vom nationalen Standpunkte so dringend erwünschte Schaffung, Vermehrung und Erhaltung eines gesunden Bauerneigentums unmöglich. Die Agrarreform, und zwar die national wirkende Agrarreform, steht nicht nur nicht im Gegensatz zum modernen Bank- und Finanzwesen, sie ist durch dieses geradezu bestimmt und bedingt. Ganz im Sinne dieser Liberalen, sehr sich-

käftigen Anschauung trat dieser Redner auf für die Entnationalisierung der Industrie, für die Privatinitiative in seiner Kritik haltgemacht hat. Nicht nur die Verstaatlichung der Industrie, auch ihre vielfach ausgezeichnete Wirtschaftspolitik in Verstaatlichung der Industrie, auch ihre vielfach überwuchernde Bevormundung durch den Staat ist ihrer Ergiebigkeit und Rentabilität im höchsten Maße abträglich. Der Liberalismus ist das politische Zauberwort in dieser Debatte über das Budgetprovisorium. Im großen Werden, das alle fühlen, ringen die Parteien eifersüchtig um den Besitz seiner verbenden Fahne. Warum werden also die großen Werte aus des wirtschaftlichen Liberalismus nicht voll betont?

Abgeordneter Joltán Vermes zeigte in seiner Rede ein Stück Balkanindustrie und eingehend feingezogene er unsere Aufgaben auf dem berührten Gebiete. Abgeordneter Samuel Mándy sprach dann mit offener, vielfach sehr gerechter Satire über Fragen der Volksernährung, und Abgeordneter Guido Sündich griff schließlich dieses Thema auf, indem er als Ungar „und als Siebenbürger Sachse“ gegen die Sehe protestierte, die in Oesterreich in den Ernährungsfragen von deutscher Seite gegen Ungarn injiziert wird. Er war der letzte Redner der Sitzung. Die angekündigte dringliche Interpellation des Abgeordneten Ludwig Holló unterblieb.

Das Haus wird Dienstag nächster Woche wieder zusammentreten.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Béla v. Zeitódy eröffnet die Sitzung um halb 5 Uhr nachmittags.

Abgeordneter Alfred Pál

betont, es sei, da die Exekutivberechtigung der derzeitigen Regierung in der Schaffung der Wahlreform wurzelt, natürlich, daß er, wenn er die Politik der Regierung zum Gegenstand seiner Kritik machen will, sich in erster Reihe mit der Frage der Wahlreform beschäftigen muß. Dies wird dadurch beträchtlich erschwert, daß die Regierung, deren Parteien ständig die Parlamentarisierung des Staates im Munde führen, das mit dem Wahlrechtskodex betreffs der Grundprinzipien der Wahlrechtsreform geschlossene Übereinkommen nicht nur vor der großen Öffentlichkeit, sondern auch vor den Mitgliedern der Legislative verheimlicht. Redner beweist auf Grund der Antrittsrede des gewesenen Ministerpräsidenten Grafen Esterházy, daß der Entwurf nicht den durch die Parteien der Regierung seinerzeit auf den Vägen der Opposition so häufig und nachdrücklich betonten Stichworten der Allgemeinheit, Gleichheit und Geheimheit entspricht. Demgegenüber führt er aus, daß das Wahlrechtsgesetz vom Jahre 1913 gegenüber der Vergangenheit einen bedeutenden Fortschritt enthält und die Partei der nationalen Arbeit auch zu einer weiteren, stufenweisen Erweiterung des Wahlrechtes bereit war. Die Behauptung, daß Graf Tíza und seine Partei eine reaktionäre Politik befolgen, entbehrt daher jeder Grundlage. Er verweist nachdrücklich darauf, daß eben weil somit der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition in der Wahlrechtsfrage nicht so tiefgehend ist, wie dies auf den ersten Blick erscheint, die Anordnung von Wahlen im Kriege ungerechtfertigt wäre, und erinnert daran, daß noch vor zwei Jahren zwei Mitglieder der heutigen Regierung dieses extreme Mittel streng verurteilt, ja der gegenwärtige Minister für Volkswohlfahrt in Verbindung hienüt eine Beschränkung der Majestätsrechte angezogen hat. Seit der Zeit, da Graf Apponyi Kriegswahlen eine moralische Unmöglichkeit nannte, hat sich nur so viel verändert, daß die damalige Opposition ans Auser gelangt ist. Er sieht keine Garantie dafür, daß die heutige Regierung ihre Ausnahmegehalt nicht zur Förderung einseitiger Parteinteressen benutzen werde. Ist doch jener Graf Habiz Mitglied der Regierung, der als Staatssekretär des Innern Beamte wegen ihrer politischen Ueberzeugung rücksichtslos verfolgt hat. Auch die Lehren der Szalontaer Wahl, sowie der Erfolg des Ministers Ugar über die Konstriktion der vom Militärdienst befreiten Wähler ist nicht geeignet, in dieser Beziehung Beruhigung zu bieten. Er ist auch deshalb gegen die Abhaltung von Wahlen im Kriege, weil an diesen Wahlen die am Kriegsschauplatz befindlichen Wähler nicht teilnehmen könnten, so daß sie durch Erfüllung ihrer militärischen Pflicht verhindert wären, sich über Richtung und Maß der geplanten Wahlrechtsreform zu äußern, die doch, falls sie eine größere Ausdehnung des Wahlrechtes brächte, hiedurch das politische Gewicht, den politischen Einfluß der bisherigen Wähler herabsetzen würde. Wer die politische Haltung des linken Flügels der Regierungsparteien aufmerksam beobachtet, muß unwillkürlich im Zweifel sein, ob dieser die Wahlen anstrebt, um die geplante Reform unter Dach zu bringen, oder die radikale Wahlrechtsreform forciert, um einen Vorwand zu Kriegswahlen zu finden und mittels der Ausnahmegehalt eine ihm gefällige Majorität zu schaffen. Für die zweite Alternative spricht, daß im Programm der Regierung die Verstaatlichung der Konsumverwaltung nicht enthalten ist, obwohl diese einerseits geeignet erscheint, den im radikalen Wahlrecht enthaltenen zentrifugalen Tendenzen ein Gegengewicht zu bieten, andererseits aber — wie dies Graf Apponyi in einer älteren Rede betont — auch zum Schutze der sozialen Interessen der niederen Gesellschaftsschichten nötig ist. (Lebhafte Beifall.)

Er verwahrt sich gegen den Irrtum, daß nur die Anhänger des radikalen Wahlrechtes ausschließlich den Frieden wünschen. In Ungarn will niemand den Krieg verlängern. Jeder sehnt sich nach einem Frieden, der die Existenzinteressen der Nation und ihrer getreuen Verbündeten sichert. In dieser Beziehung ist auch die Regierung in vollem Einklang mit der Nation, doch muß er die Regierung verantwortlich machen für alle jene Schritte der sie unterstützenden Parteien, die geeignet erscheinen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Zentralmächte zu schwächen. Martin Vochy hat ja ganz offen geschrieben, daß die Politik des Uebers der Grafen Michael Karolyi nicht die der Regierung deckt. Graf Karolyi hat in Kiskunfélegyháza die Regierung Tíza für den Ausbruch des Krieges, sowie dessen lange Dauer verantwortlich gemacht, während er in Komárom offen erklärte, mit dem militärischen, annekstionsfreundlichen, unerkennbar Deutschland auf Kriegsfuß zu stehen, die Tirpitz und Reventlow für gefährlich zu halten. In seinem halboffiziellen Blatt lobt der Sekretär

seiner Partei Wilson über den grünen Klee und hemmelt strengstens, daß die ungarische Presse den deutschen Militarismus und die deutsche Reichsregierung verteidigt. Die Aktion des Grafen Julius Andrássy zur Wiederherstellung der österreichischen Verfassung hat die Monarchie im Endergebnis auch nur geschwächt. Die Delegation hat sich bis heute nicht versammelt, und das Diner des Premiers, dem übrigens Graf Andrássy, dessen Schwiegersohn Graf Karolyi, sein intimster Waffengefährte Graf Habiz und endlich Graf Albert Apponyi fern blieben, ist nur ein schwaches Surrogat. An der Hand eingehender Daten erörtert er, daß in den Sitzungen des österreichischen Reichsrates die österreichischen Nationalitätenparteien die ungarischen Truppen, die ungarische Honvéddarmee und den ungarischen Landsturm wegen angeblich gegen die österreichische Bevölkerung gerichteter Heterozidien, Grausamkeit, Eigennutz und Feigheit scharf angegriffen haben. Sie beanstandeten fernerhin, daß Ungarn im Weltkrieg nicht genügend Blutopfer gebracht hat. Sie haben auch unsere Zivilbevölkerung und unsere Zivilinstitutionen verleumdet, die vor den Russen flüchtende Bevölkerung der Bukovina rücksichtslos, grausam und eigennützig behandelt zu haben und die ungarländischen Rumänen grausam zu unterdrücken und rücksichtslos zu verfolgen, wofür sie in erster Reihe jenen Stefan Tíza verantwortlich machen, dem von der Gegenseite so oft vorgeworfen wurde, daß er mit den Rumänen paktierte. Sie setzen ihren Verleumdungen mit der Forderung die Krone auf, die dualistische Monarchie möge zu einem Bundesstaate umgestaltet werden, in dessen Rahmen aus ungarischen und österreichischen Gebietsteilen ein großkroatischer, ein ukrainisch-ruthenischer, ein rumänischer und ein böhmisch-slowakischer Staat geschaffen würden. Sie lassen sich sogar so weit hinreißen, daß der böhmische Abgeordnete Kalina sich erdreistet zu sagen, die Hunderttausende des böhmischen Volkes hätten gegen ihre eigenen allerheiligsten Interessen gekämpft, als sie im Kriege gegen das russische Brudervolk bluteten. Andrássy hat sich in seiner Rede vom 27. Juni über das Zutaetreten dieser Tendenzen geäußert. Redner fragt ihn, ob die gegen die dualistische Form der Monarchie, gegen die Territorialintegrität der Krone St. Stefans und gegen die Ehre der ungarischen Nation gerichteten gemeinen Angriffe geeignet sind, das Vertrauen unserer treuen Verbündeten in den soliden Bestand der Monarchie zu festigen? War es nicht schade, mit dem Sturz Tízas auch dessen großes Werk, die feste Einheit der beiden Staaten der Monarchie, zu gefährden? Der größte Fehler der Regierung ist, daß sie nicht nur in der Frage des Wahlrechtes, sondern auch in ihrer auswärtigen Politik nicht genügend aufrichtig ist, da sie aus Gründen parlamentarischer Taktik auch die Unterstützung von Parteien annimmt, deren Außenpolitik von der ihrigen abweicht.

Trotzdem Redner gegen die Regierung von Mißtrauen erfüllt ist, bewilligt er doch die Indemnität, da er einerseits häufige Regierungskrisen im Weltkrieg für schädlich hält, andererseits aber hofft, daß jener Bekerle, der als Führer der liberalen Partei der Sache des gemäßigten Fortschrittes zu so glänzendem Siege verhalf, sich auch heute von dem einseitigen, schädlichen Einfluß der ihn unterstützenden Parteien emanzipieren können wird. (Lebhafte Beifall und Applaus. Redner wird vielfach beglückwünscht.)

Abgeordneter Josef Szterényi

wendet sich gegen die Angriffe des Abgeordneten Pál aus dem Anlaß des Festhaltens des Ministerpräsidenten zu Ehren des Grafen Czernin. Graf Julius Andrássy habe sein Fernbleiben zwar unabweisbar erklärt, er bedarf auch keiner Verteidigung und Redner verwahrt sich bloß als Sprecher der Verfassungspartei gegen diesen neuerlichen Verleumdung, aus dem Fernbleiben anderes herauszulesen als den Umstand, daß Graf Andrássy am Erscheinen verhindert war. (Eine Stimme rechts: Es ist gar nicht nötig!) Nun denn, weshalb beschäftigen Sie sich damit? Graf Andrássy wollte damals in den Siebenbürger Alpen, er konnte die Einladung nicht einmal rechtzeitig erhalten. (Zwischenruf rechts.) Graf Albert Apponyi, den der Vortredner ebenfalls angreift, war zu jener Zeit auch in Siebenbürgen durch hochwichtige kulturpolitische Beratungen zurückgehalten, er reiste schon eine Woche früher aus Budapest ab. Der Minister für Volksernährung Graf Johann Habiz war schließlich in Dissojor in einer weit wichtigeren Angelegenheit tätig, als es seine Teilnahme am Festessen gewesen wäre. Auf die Frage, die Abgeordneter Pál sehr farsüchlich stellt, ob dieses Festessen die Delegationen zu ersehen vermöchte, wird kaum jemand in bejahendem Sinne antworten. Man hätte aber die inner- und außenpolitische Bedeutung der Rede Czernins hier gewiß nicht derart herabsetzen dürfen. (Begeisterung rechts.)

Abgeordneter Graf Stefan Tíza: Innenpolitische? Dagegen protestiere ich.

Abgeordneter Josef Szterényi: Jawohl, die innenpolitische Bedeutung der Rede ist gerade in dem Umstande zu erblicken, daß sie in Budapest verlesen ist, was das politische Gewicht Ungarns in der Monarchie gewiß hebt und dokumentiert.

Abgeordneter Graf Stefan Tíza: Das kann man ein wenig anders dokumentieren, mit ernstlichen Mitteln.

Abgeordneter Josef Szterényi glaubt, daß die jetzige Regierung auf diesem Gebiete bisher keine Schuld treffen könne (Bewegung rechts), sollte sie aber in dieser Hinsicht anders handeln, werde Redner die Angriffe Páls nur billigen.

Auf den Indemnitätentwurf übergehend, betont Redner, diesen schon deshalb anzunehmen, weil man in der Annahme der Indemnitätsvorlage eine Vertrauensfrage erblickt. Er muß aber auch aus sachlichen Gründen für die Vorlage eintreten, weil im Entwurfe keine weitgehenden Ermächtigungen verlangt werden, die nach der alten Auffassung der die Regierung unterstützenden Parteien nur im Rahmen eines regulären Budgets angesprochen werden können. Die knappen vier Sitzungen, die zur Erledigung der Indemnitätsvorlage in der Geschäftsordnung vorgegeben sind, genügen nicht zur eingehenden Erörterung aller Fragen der Regierungstätigkeit, die jeweilige Opposition wird des Kritikerrechts beraubt oder in der Ausübung der Kontrolle erheblich eingeschränkt.

Abgeordneter Graf Stefan Tíza: Und der § 3 des Gesetzentwurfes?

Abgeordneter Josef Szterényi: Dieser § 3 beschäftigt sich mit der Erhöhung der Kriegsunterstützungen. Hierzu ist die Ermächtigung notwendig, da alle Details dieser Frage im Text eines Gesetzentwurfes nicht geregelt werden können. Die Details der Neuregelung der Kriegsunterstützungen sind zum Teile der Arbeit des Kabinetts Tíza zu verdanken, auch früher hat man diese Frage mit den Anforderungen des praktischen Lebens in Einklang bringen und die bezüglichen

Verordnungen abändern müssen. Auch über die Kriegskosten wird das Budget, dessen Einbringung der Ministerpräsident angekündigt hat, Ausklärung bringen, wie es Redner und seine Freunde seit Kriegsbeginn wiederholt gewünscht hatten. Aus diesen objektiven Gründen müsse er die Indemnitätsvorlage annehmen.

Einer Strömung, die nicht heute entstanden ist, muß Redner hier entgegenreten. Diese Strömung greift in der allgemeinen Auffassung scheinbar um sich, die Auffassung, als ob eine gesunde Besitzpolitik, eine gesunde Agrarpolitik den Interessen der Kapitalbildung und des mobilen Kapitals zuwiderlaufen würde.

Abgeordneter Baron Anton Radványfy: Wer hat so etwas behauptet?

Abgeordneter Josef Szterényi: Ich spreche im allgemeinen über eine Tendenz. Wenn wir eine großzügige Besitzpolitik, eine gesunde Agrarpolitik treiben wollen, so müssen wir uns auf das Großkapital stützen, die Hilfe des großen Kapitals in Anspruch nehmen. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Selbst die Politik der Erhaltung des kleinen Grundbesitzes, die vom sozialen und nationalen Gesichtspunkte eine unerläßliche Voraussetzung unserer ungarischen nationalen Besitzpolitik ist, fordert die Zuanpruchnahme einer gesunden Privatfinanzwirtschaft, einer gesunden Bankorganisation. Es wäre ein Fehler, die Banken zu bevorzugen, ebenso verfehlt ist aber auch die bankfeindliche Richtung im Hinblick auf die legitime Tätigkeit der Banken. (Zustimmung links.) Wir müssen uns vereinen, um politische Uebergriffe der Banken, soweit es solche gibt, niederzuhalten und unmöglich zu machen. Wir müssen damit dem öffentlichen Interesse, der öffentlichen Sache. Aber wir dürfen unter diesem Schlagwort die kapitalfeindliche Tendenz in Ungarn nicht um sich greifen lassen, da diese die Hemmung unserer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung mit sich bringen würde. (Zustimmung.) Mißbräuche mögen getadelt, geahndet werden, gegen solche sind alle Waffen des öffentlichen Lebens am Platze, die Grundlage selbst aber darf nicht erschüttert werden. Wir müssen die finanziellen Kreise auf ihr natürliches Feld drängen (Zustimmung), allein gegen die Auffassung, daß zwischen dem Kapital und unserem nationalen Leben ein Gegensatz vorhanden wäre, müsse Redner protestieren. Ob wir Agrarpolitik, ob Industriepolitik machen, in allen Fällen braucht man Kapital und weit mehr Arbeit als in der Vergangenheit. Auch zur Tragung jener finanziellen Lasten, die dem Lande auferlegt werden und über deren Maß der Ministerpräsident nur Andeutungen gemacht hat. Dazu brauchen wir aber das Großkapital, denn anders können wir alle diese Arbeiten nicht bewältigen. Die ungarische Gesetzgebung darf die Erschütterung dieser Grundbedingung des wirtschaftlichen Lebens nicht aufkommen lassen.

Auf eine Bemerkung des Abgeordneten Ladislaus Meszó muß Redner auch reflektieren. Nicht nur er, auch andere, insbesondere in Deutschland, haben den Gedanken erwoogen, ob es aus staatsfinanziellen Rücksichten nicht zweckmäßig wäre, die Kriegsmaterialindustrie zu verstaatlichen. Seines Erachtens würde der Honvéddminister gewiß nicht widersprechen, wenn Redner sich gegen diese Auffassung wendet. Die Erfahrungen, die man bei uns und in Deutschland während des Krieges gemacht hat, beweisen die Richtigkeit des Gegenteils dieses Gedankens. Man muß die private Tätigkeit auf dem Gebiete der Kriegsmaterialindustrie auf das möglichste fördern und entwickeln, und mit allen Staatsabgaben belasten, deren der Staat in Zukunft gewiß in hohem Maße bedürftig wird. Umgekehrt, nicht nur die Kriegsmaterialindustrie müßte der individuellen Initiative, der privaten Unternehmung zugänglich gemacht werden, sondern auch die staatlichen Betriebe. Auf kommerzieller Grundlage, mit entsprechender Beteiligung des Staates, im Interesse der großen Finanzersparnisse und der Weltproduktion sollte die private Tätigkeit auch hier zur Geltung kommen. Die Erfordernisse der Demokratie will Redner verwirklicht sehen, indem der demokratischste Faktor, die Arbeit, zur Wiederherstellung unseres Wirtschaftslebens voll gewertet werde. Die Vorlage nimmt Redner an. (Lebhafte Beifall und Applaus links.)

Präsident suspendiert die Sitzung auf die Dauer von fünf Minuten.

Nach der Pause ergriff

Abgeordneter Joltán Vermes (Partei der nationalen Arbeit)

das Wort, um die Aufmerksamkeit des Hauses und der Regierung auf eine spezielle Frage zu lenken. In dem von den bulgarischen Truppen besetzten Gebiete Serbiens befindet sich das Bergwerk Majdanpek, in dem Eisen, Kupfer und hauptsächlich Schwefel produziert werden. Der überwiegende Teil der Aktien dieses Bergwerkes befindet sich heute in den Händen der Oesterreichisch-Ungarischen Staatsbahngesellschaft, die auch das Bergwerk in Betrieb hält. Infolge seines Reichtums an Schwefel (Pyrit) hat das Bergwerk eine besondere Bedeutung, da aus diesem die zur Erzeugung der Explosionsstoffe unerläßlich Schwefelsäure erzeugt wird. Vor dem Kriege haben die Deutschen ihren gesamten Pyritbedarf aus Spanien gedeckt; da dies jetzt unmöglich ist, haben sowohl Oesterreich als auch Ungarn einige ihrer Pyritbergwerke an Deutschland abgetreten, während die Bulgaren uns auf dem von ihnen besetzten Gebiete das Majdanpeper Bergwerk überlassen, das von unserem 120.600 Tonnen betragender Jahresbedarf 48.000 Tonnen deckt. In dem Bergwerk sind 1080 Arbeiter — zum Teil entlohene, aus Ungarn hintonnmanierte Soldaten, zum Teil serbische Kriegsgefangene, Kriegsarbeiter, Internierte und Disinassen — beschäftigt. Zwischen den Bulgaren und Serben herrscht bekanntlich schon seit langer Zeit großer Mißtrauen, der durch die Balkankriege von 1885 und 1913 nur noch gesteigert wurde. Die Reste der serbischen Armee treiben, zu Banden vereint, ein Räuberunwesen, dem die Bulgaren in dem von ihnen besetzten Gebiete zu wehren trachten, indem sie in diesen Gebieten das Staturium verkindet und mit großer Strenge durchgeführt haben. Darunter hat aber auch die Bevölkerung von Majdanpek zu leiden, die betreffs ihrer Lebensmittel auf diese Gebiete angewiesen ist. Die Belgrader Seeresleitung sorgt zwar für die Verköstigung der Kriegsarbeiter und der Soldaten, aber nicht der Zivilbevölkerung, für deren Verpflegung eigentlich Bulgaren sorgen müßte; dieses aber schiebt diese Sorge uns zu, weil die betreffende Bevölkerung für die Monarchie arbeitet. Redner lenkt nun die Aufmerksamkeit der Regierung darauf, rechtzeitig Vorkehrungen zur Verpflegung der Bevölkerung zu